

Wahlprüfsteine BDM – Antworten FDP Schleswig-Holstein

I. Milchmarkt – Gemeinsame Marktordnung

1. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um den EU-Milchmarkt in ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu bringen um zukünftigen Milchmarktkrisen rechtzeitig zu begegnen?

Aus Sicht der FDP Schleswig-Holstein führen vernünftige Wege aus der Krise nicht zurück zur Mengensteuerung, sondern zu besseren Rahmenbedingungen für die Förderung der unternehmerischen Selbstbestimmung der Landwirte.

Dazu fordern wir eine steuerbefreite Risikoausgleichsrücklage, eine Reform des Genossenschaftsgesetzes für eine Stärkung der innergenossenschaftlichen Demokratie sowie eine Modernisierung der starren genossenschaftsrechtlichen Lieferbeziehungen (Andienungs- und Abnahmepflichten).

Wir wollen für eine funktionierende marktwirtschaftliche Preisbildung in der gesamten Wertschöpfungskette des Lebensmittelhandels sorgen – vom Hof bis zum Warenregal. Dazu wollen wir die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle stärken, um einen fairen Wettbewerb zu sichern.

2. Der BDM e. V. hat mit dem Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzept einen Vorschlag zur Verhinderung dieser sich regelmäßig wiederholenden, massiven Milchmarktkrisen vorgelegt. Dieser Vorschlag wird auf europäischer Ebene vom European Milk Board mitgetragen und eingefordert. Darin werden bestehende Instrumente des EU-Sicherheitsnetzes mit Instrumenten, die in der Lage wären, zeitlich befristet auf die EU-Milchmengenentwicklung Einfluss zu nehmen, kombiniert. Wie steht Ihre Partei im Fall schwerer Marktkrisen zu Überlegungen, die Angebotsmenge mit zeitlich befristeten Marktmaßnahmen an die reale Nachfrage anzupassen? Unterstützen Sie die BDM-Forderungen?

Die FDP Schleswig-Holstein lehnt grundsätzlich eine Steuerung der Milchmengenentwicklung ab. Eng befristete Marktmaßnahmen in schweren Marktkrisen werden wir gemeinsam mit den Beteiligten ergebnisoffen prüfen.

3. Die aktuellen Milchpreise um 30 Cent/kg Milch sind für viele Milchbauern keineswegs ausreichend, um die entstandenen Verluste auszugleichen und für kommende Krisen vorzusorgen, geschweige denn notwendige Investitionen umzusetzen. Was schlägt Ihre Partei vor, um kostendeckende Preise von mindestens 40 Cent/kg Milch zu erreichen und die Milchviehhaltung in unserem Bundesland so in der Fläche zu halten?

Die FDP Schleswig-Holstein möchte nachhaltige Investitionen in die Landwirtschaft fördern. Die Agrarinvestitionsförderprogramme wollen wir hierzu stärker gewichten und entbürokratisieren, um Investitionen in z.B. moderne Tierhaltungs- oder Melksysteme zu ermöglichen. Wir halten zudem eine steuerbefreite Risikoausgleichsrücklage für ein sinnvolles Mittel, das die klassische Form der Eigenvorsorge wirksam unterstützen könnte. Wir wollen sinkende Preise nicht mit steigenden Kosten bekämpfen und stehen für konsequenten Bürokratieabbau. Eine erste Maßnahme wäre hier, die EU-Vorgaben nicht immer noch übertreffen zu wollen, sondern sie 1:1 umzusetzen. Darüber hinaus wollen wir eine bessere Einbindung und Vernetzung mit den Verbänden erreichen, um so angemessen auf Marktentwicklungen reagieren zu können und ggf. Maßnahmen kurzfristig zu erörtern und zu ergreifen.

4. Das Bundeskartellamt hat ein neues Sachstandspapier zu seinem Verwaltungsverfahren hinsichtlich der Lieferbedingungen für Rohmilch veröffentlicht und darin kürzere Kündigungsfristen für Lieferverhältnisse im Milchsektor, eine Lockerung der Kopplung von Lieferbeziehungen und Genossenschaftsmitgliedschaften, eine Festlegung der Preise vor Lieferung und die Vereinbarung fester Liefermengen angeregt. Nun ist die Politik gefordert, die richtigen Schlüsse für mehr Wettbewerb auf dem Milchmarkt zu sorgen. Welche Vorschläge gibt es dazu in Ihrer Partei?

Wir begrüßen die Feststellungen des Bundeskartellamts. Wir wollen die starren genossenschaftsrechtlichen Lieferbeziehungen zwischen Landwirten und Genossenschaften (Andienungs- und Abnahmepflichten) modernisieren und die innergenossenschaftliche Demokratie durch eine Reform des Genossenschaftsgesetzes wieder stärken.

II. Gemeinsame EU-Agrarpolitik - Halbzeitbewertung 2017

1. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 30 Prozent des Direktzahlungsvolumens für eine erhöhte Förderung der ersten Hektare zu verwenden und damit die kleineren und mittleren Betriebe deutlich besser zu stellen als bisher?

Dieser Möglichkeit stehen wir grundsätzlich offen gegenüber.

2. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 15 Prozent des Direktzahlungsvolumens von der ersten in die zweite Säule und damit deutlich mehr als bisher umzuschichten?

Wir setzen uns im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union für die Beibehaltung des bewährten Fördersystems aus erster und zweiter Säule in der bisherigen Gewichtung ein. Weiteren Umschichtungen zulasten der Planungssicherheit für die landwirtschaftlichen Unternehmerinnen und Unternehmer stellen wir uns entgegen. Die nationale Umsetzung der Greening-Vorgaben ist mit Blick auf Praktikabilität und Bürokratie weiterhin kritisch zu überprüfen. Die Agrarinvestitionsförderprogramme wollen wir in den Ländern bei der Verteilung der Mittel aus der zweiten Säule stärker gewichten und entbürokratisieren, um Investitionen in moderne Tierhaltungssysteme und Stallbauten zu fördern.

3. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen die Zahlung der Direktzahlungen ab 2020 noch stärker an gesellschaftlich für notwendig erachtete Leistungen der Landwirtschaft zu binden?

Durch die Anforderungen und Vorgaben des Greenings ist der Bezug von Direktzahlungen inzwischen an erhebliche Leistungen gekoppelt, so dass die erste Säule der GAP von einem klassischen Subventionsinstrument in Richtung eines Gemeinwohlausgleichs weiterentwickelt worden ist. Diese Neugestaltung hin zu einem Gemeinwohlausgleich betrachten wir jedoch insbesondere im Sinne von Transparenz und Angemessenheit als nicht abgeschlossen.

4. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen, dabei auch den Faktor Arbeitskraft stärker mit zu berücksichtigen?

Dieser Überlegung stehen wir grundsätzlich offen gegenüber und werden eine Umsetzung prüfen.

III. Agrarpolitische Ansätze auf Bundes- und Länderebene

1. Welche Position nimmt Ihre Partei zur Novellierung der Düngeverordnung ein?

Wir setzen uns für ein praktikables und bewegliches Düngerecht ein. Der Grundsatz einer bedarfs- und standortgerechten Nährstoffversorgung der landwirtschaftlichen Kulturen bleibt für uns auch in Zukunft der Maßstab der Düngung. Unsere hervorragend ausgebildeten Landwirte müssen in der Lage bleiben, nach Entzug und Bilanz zu düngen. Eine Verschärfung der Stickstoffanrechnung, welche die Weidehaltung von Nutztieren benachteiligt, lehnen wir ab. Das vorherrschende Ziel muss sein, die Verwendung vorhandener wertvoller Wirtschaftsdüngermengen in Ackerbauregionen zu fördern, damit es durch die gleichzeitige Einsparung von mineralischem Dünger insgesamt zu positiven Umwelteffekten kommt. Gleichzeitig wollen wir die Forschung für gewässerschonende „Bio-Pflanzenschutz- und Düngemittel“ vorantreiben.

2. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, beim Kennzeichnungsrecht, insbesondere bei der Herkunftsbezeichnung, dahingehend zu wirken, die Herkunft und Zusammensetzung der Nahrungsmittel durchgängig nachvollziehbar zu machen?

Das Ziel der FDP Schleswig-Holstein ist es, ein möglichst transparentes und durchgängig nachvollziehbares System im Sinne des Verbraucherschutzes herzustellen. Hier kommt es uns vor allem darauf an, kooperativ vorzugehen und durch eine offensive Informationspolitik die Eigenverantwortung und das Bewusstsein jedes einzelnen Verbrauchers zu stärken.

3. Die Anzahl der Milchvieh haltenden Betriebe in SH verringert sich laufend und der Strukturwandel verläuft aufgrund der wirtschaftlichen Situation auf den Betrieben stark beschleunigt. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um das Tempo des Strukturwandels zu bremsen?

Die FDP Schleswig-Holstein hat den Anspruch, die Zukunft der Landwirtschaft proaktiv zu gestalten. Unser agrarpolitisches Leitbild ist der Landwirt als freier, selbstbestimmter und verantwortungsbewusster Unternehmer. Die Agrarpolitik muss sich mehr auf Wissenschaft und Sachverstand gründen und darf nicht durch Ideologien, Meinungsmache und Bauchgefühl bestimmt werden. Die Agrarpolitik darf nicht bevormunden, sondern muss Freiräume für unternehmerisches Handeln eröffnen. Überzogene Regulierungen sind abzubauen. Das wollen wir gemeinsam mit der Landwirtschaft konsequent angehen. Es bedarf zudem betrieblicher Weiterentwicklungen und Umweltschutz durch technischen Fortschritt. Hierzu ist ein investitionsfreundliches Klima vonnöten. Betriebliches Wachstum und Tierwohl sind für uns alles andere als ein Widerspruch. Die baurechtliche Privilegierung der Landwirtschaft im Außenbereich wollen wir uneingeschränkt erhalten. Baurechtliche Tierhaltungsobergrenzen oder kommunale Genehmigungsvorbehalte für die Nutztierhaltung lehnen wir ab.